

Linke Politik bedarf der philosophischen Grundlegung Mit Bilderstürmerei wird die geistige Krise nicht zu überwinden sein

(Artikel am 3. 11.1990 im Neuen Deutschland von Prof. Dr. Adalbert Feltz)

Soziale Gerechtigkeit, Befreiung der „Verdammten dieser Erde“ aus Fremdbestimmung und Ausbeutung und die Begründung von Frieden – das waren und sind die ethischen Grundsätze einer Bewegung, die bereits ihre Geschichte hatte, als vor 2000 Jahren das Christentum entstand. Tausend Jahre später wurde sie fortgesetzt in der Bewegung der Katharer und Albigenser, um schließlich in die Reformation und die frühbürgerlichen Revolutionen einzumünden. Danach versuchten revolutionäre Bewegungen Europas, der urchristlichen Forderung nach sozialer Gerechtigkeit außerhalb der Kirche Wirklichkeit zu verleihen.

In dieser Phase vollzog sich die Emanzipation der Wissenschaften. Neue Naturerkenntnisse ermöglichten die industrielle Revolution, neue Gesellschaftserkenntnisse fundierten die soziale. Vor allem die von Karl Marx und Friedrich Engels vorgenommene Analyse der Gesellschaftsentwicklung, die die Triebkräfte und Ursache-Wirkungs-Beziehungen der Geschichte erhellte, forderte dazu heraus, jene uralten Menschheitsideale durch bewusstes Handeln einzulösen. In einer solchen Traditionslinie großartiger Ideen steht die linke Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts.

Mit dem Scheitern des Sozialismus zerbrach auch seine theoretische Basis. Übrig blieben ein Trümmerhaufen von Fragmenten, Teilwahrheiten und zweifelhaften Schlussfolgerungen, nicht hinreichend den Anspruch einer adäquaten Abbildung tatsächlicher gesellschaftlicher Beziehungen zu erfüllen. Auf drastische Weise in Frage gestellt wurde damit die objektive Erkennbarkeit gesellschaftlicher Prozesse. Die Erschütterung des Vertrauens, durch wissenschaftliche Erkenntnis im Bereich der Gesellschaft zu richtigen Aussagen zu gelangen, erweist sich als eine zentrale Frage der gegenwärtigen Existenzkrise linker Politik.

Ein zweites wesentliches Moment dieser Krise sehe ich darin, dass die soziale Verankerung linker politischer Bewegungen zerrissen ist.

Drittens geht eine gravierende Verunsicherung von der bestehenden Linken selbst aus, in der man angesichts fächerartig auseinanderstrebender Plattformen inneren Halt einbüßt, verlernt, mit einander in einer förderlichen Art und Weise umzugehen und sich auf jene geistige Disziplin zu besinnen, die notwendig ist, um einen Fundus an Übereinstimmung im Denken und Handeln zu gewährleisten.

Die Irritationen sind in der Tat groß. Zweifel, Resignation und verloren gegangenes Selbstvertrauen bewegen uns, nehmen uns die Widerstandskraft, ja machen uns wehrlos, Angriffen zu begegnen, die uns vernichten wollen. Den Müllhaufen der Geschichte hat man uns zgedacht, wie aus Führungskreisen selbst der SPD zu vernehmen war. Wenn unsere Neubesinnung nicht in Auflösung übergehen soll, müssen wir unsere ganze Energie darauf richten, dass linke Politik wieder eine theoretische Fundierung erfährt und soziale Verankerung erneut zustande kommt.

Wovon gehen wir aus? Konsens dürfte über die ursprüngliche sozialistische Idee bestehen, die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen im Verlauf der weiteren Geschichte in eine Assoziation überzuleiten, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Der Weg aber dahin ist unbekannt, bisher auch nicht in gewichteten Varianten angebbbar. Es verbleiben uns allenfalls einige begründet erscheinende

Ansätze, die ggf. als Grundlegung linker Politik Geltung erlangen können.

1. Die Realität ist zu nehmen, wie sie ist – und zu ihr gehört, dass die hochindustrialisierten kapitalistischen Gesellschaften die am weitesten fortgeschrittenen Produktivkräfte hervor gebracht haben und diese für einen bedeutenden Schub ihrer Entwicklung nutzen konnten. Ohne zu übersehen, dass vieles auf Kosten unterentwickelter Länder erreicht wurde, hat linke Politik von der hohen Leistungsdynamik der modernen Industriegesellschaft auszugehen. Die in ihr enthaltenen Fortschrittspotentiale könnte sie aufgreifen, indem sie eine gemeinnützige Beherrschung der Entwicklung der Produktivkräfte anmahnt, d. h. für eine Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse an den wichtigsten Produktionsmitteln und der gesamten Arbeitswelt eintritt, so dass Profitmechanismen nicht beseitigt, aber deren unangefochtene Herrschaft eingeschränkt und gesellschaftlichen Zielen untergeordnet sind, die den globalen Menschheits-Problemen Rechnung tragen.

2. Wir müssen die Geschichte aufarbeiten, um aus der Bestimmung der Umstände unseres Versagens Vertrauen in die weltanschauliche Basis unserer Bewegung zurückzugewinnen. Als Streiter für sozialistische Ideale können wir nicht ohne Philosophie auskommen, die uns erklärt, dass und warum diese Welt auch im Bereich der menschlichen Gesellschaft erkennbar und veränderbar ist.

Den Vorwurf, Erwartungen nicht eingelöst zu haben, müssen wir uns gefallen lassen. Hellhörig aber sollten wir werden, wenn sich die Enttäuschung über die negativen Folgen bisheriger Erkenntnisse in Natur und Gesellschaft gegen die zum Teil grandiosen Entdeckungen und Erfindungen selbst richtet, gar in Bilderstürmerei ausartet und zu einer Abwendung von der Wissenschaft führt. Die negativen Folgen „lassen sich allein durch tiefere, bessere Einsichten, durch mehr, nicht durch weniger Wissenschaft bewältigen. Erst auf der Grundlage von Wissen können wir entscheiden, was wir tun dürfen und was wir lassen müssen“ (Manfred Eigen, Perspektiven der Wissenschaft, jenseits von Ideologien und Wunschdenken, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1989).

Die kritische Auseinandersetzung mit der in der Vergangenheit abverlangten Unterordnung der Philosophie unter die Politik der SED sollte nicht dazu führen, einer gänzlichen Entpolitisierung der Philosophie das Wort zu reden. Wie sollte eine unpolitische Philosophie die Menschen zur Veränderung der Welt bewegen? Politik braucht die Philosophie, soll sie nicht in Praktizismus ableiten.

Im Zusammenhang mit der engen Verflechtung von Philosophie und Politik wird man an die akademische Antrittsrede „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte“ erinnert, die Friedrich Schiller am 2. März 1789 in Jena gehalten hat:

- „Historische Begebenheiten“ sind nach ihren Ursache-Wirkungs-Beziehungen zu beurteilen,
- sie müssen aus dem Zusammenhang ihrer Zeit begriffen werden, und
- „aus der gesamten Summe dieser Begebenheiten hebt der Universalhistoriker diejenigen heraus, welche auf die heutige Gestalt der Welt und den Zustand der jetzt lebenden Generation einen wesentlichen und leicht zu verfolgenden Einfluss gehabt haben“

Die großen linken Bewegungen und die Oktoberrevolution waren nicht das Resultat von Aktivitäten „ideologisierender Intellektueller“, was mitunter so hingestellt wird, sondern das Ergebnis extremer sozialer Spannungen, die der Kapitalismus hervorbrachte. Die bürgerliche Gesellschaft entwickelte nicht nur verheißungsvolle Ansätze zur Demokratie in zahlreichen Ländern Europas in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, sondern auch totalitäre Strukturen.

Die deutsche faschistische Diktatur kam, gestützt auf starke außerparlamentarische Bewegungen der Straße, im Wesentlichen friedlich zur Macht: Welch ein katastrophales Versagen der bürgerlichen Demokratie! Ist es angesichts der blutigen Erfahrungen zweier Weltkriege nicht verständlich, dass sich ein von einer breiten Masse getragener Wille ergab, ein alternatives Gesellschaftskonzept zu erproben, in dem man auf den bürgerlichen Parlamentarismus – eben auf Grund seines Versagens – bewusst verzichten wollte?

Dabei war es ein schwerwiegender Fehlschluss und schließlich Ursprung für das Scheitern, bei aller kritischen Distanz nicht zu bemerken, dass die im Parlamentarismus enthaltenen Werte wie pluralistischer Meinungsstreit, Toleranz und Demokratie – seit langem anerkannte Errungenschaften der Menschheit – übernommen werden mussten, wenn Sozialismus in einer stabilen Gesellschaft Wirklichkeit werden sollte.. Andererseits haben totalitäre Herrschaftsformen des Kapitalismus, die ab 1923 immer mehr aufkamen, zweifellos Wirkungen zugunsten von Kommandostrukturen im Sozialismus ausgelöst. Kalter Krieg und Konfrontationspolitik haben diese Strukturen in der Nachkriegszeit noch verfestigt.

In der Tat – Philosophie und Gesellschaftswissenschaften vollziehen sich nicht im luftleeren Raum ! Wenn die gesellschaftliche Existenz durch äußere Bedingungen ständig in Frage gestellt ist, entsteht intern kaum eine Konstellation, das Bestehende zusätzlich von innen heraus in Frage zu stellen. Doch nein, es lag wohl in erster Linie an uns, trotz der bestehenden Umstände die Kraft aufzubringen, stabilisierende Elemente einer Demokratie im Sozialismus zu schaffen. Es wird noch vieles zu sagen sein zu den Ursachen, die zur Deformation des Sozialismus und schließlich zu seiner gesellschaftlichen Untauglichkeit in diesem Jahrhundert geführt haben.

3. Eine moderne sozialistische Partei sollte dafür eintreten, dass zur Lösung der vor uns stehenden Menschheitsprobleme an den Universitäten und Schulen mehr denn je die Notwendigkeit erkannt wird, die ins Philosophische und Politische übergreifenden Aspekte natur- und gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen mit zu erfassen und zum Gegenstand von Forschung und Lehre zu erheben. Ich meine damit die Humboldtsche Universitätsidee: Freiheit der Wissenschaft, Einheit von Forschung und Lehre, aber auch das Primat von Bildung vor beruflicher Ausbildung. Nicht den engen Fachspezialisten, sondern den Wissenschaftler auszubilden, der seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden vermag, darin besteht die vornehmste Aufgabe unserer hohen Schulen.

Karl Jaspers formulierte: „Politik gehört an die Universität nicht als Kampf, sondern nur als Gegenstand der Forschung.“ („Die Idee der Universität“ in Schriften der Universität“, Heft1 Berlin 1945).

Schulen der Philosophie, die wissenschaftlich begründete Ansätze zur Gestaltung der menschlichen Gesellschaft in der Zukunft erkunden und zur Diskussion stellen, muss ein angemessener Platz an jeder Universität eingeräumt werden. Erst im Kontext philosophischer Verallgemeinerung kommt gesellschaftliche Verantwortung bei der Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in einem Anspruchsniveau zum Tragen, das den Forderungen der Zukunft gerecht werden kann. Wir brauchen Gesellschaftswissenschaften und auch die Philosophie als Wissenschaft.

Der Autor ist Professor für Anorganische Chemie
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

